

Verpasste Rendezvous in Frankreichs ban-lieux

Bettina Prokop

Frankreich, am 5. November 2005. Bilder einer Demonstration. Eltern und BewohnerInnen gehen durch die Straßen ihrer Viertel. Auf ihren Tafeln und in Interviews fordern sie den Innenminister Nicolas Sarkozy auf, sich zu entschuldigen, dass er die BewohnerInnen beschimpft und entwürdigt hat: Die Cité La Courneuve wollte er mit dem »Kärcher« reinigen und die älteren Menschen von Argenteuil von dem »Gesindel« – ihren Kindern – befreien. Sie fordern ihn auf, der Repression und dem autoritären, geschlossenen Diskurs ein Ende zu setzen und stattdessen Räume zu öffnen, in denen Gespräche und Verhandlungen mit den Jugendlichen möglich sind. Sie verlangen von ihm, eine unabhängige Untersuchungskommission einzurichten, um den Tod der Jugendlichen Zyed Banna und Bouna Traoré aufzuklären, die infolge eines Polizeieinsatzes ums Leben kamen. Die DemonstrantInnen lassen ihre Kinder wissen, dass sie hinter ihnen stehen, dass sie ihre Wut verstehen, ihre spontane Reaktion auf Zyeds und Bounas Tod und auf die nicht mehr zu ertragenden Entwürdigungen und Ungerechtigkeiten. Sie rufen sie jedoch zur Ruhe auf und verlangen, dass die Zerstörung ihrer unmittelbaren Lebensumgebung und Infrastruktur ihr Ende finden soll.

Diese Bilder in der Nachrichtensendung von *Arte* waren ungewöhnlich für die Berichterstattung der Mainstream-Medien, die über die von den Aufständen betroffene Bevölkerung und die beteiligten Jugendlichen sprachen und deren Sichtweisen, Positionierungen und Verhandlungen kaum zu Wort kommen ließen. AktivistInnen, Intellektuelle und Betroffene verlegten sich daher auf alternative Publikationsmöglichkeiten und ließen in den darauf folgenden Tagen zahlreiche Appelle ins Internet einfließen, die die Positionen der DemonstrantInnen unterstützten und verstärkten.¹ Die meisten widersetzten und entzogen sich der Kategorisierung und der Spaltung in MigrantInnen und FranzösisInnen und formulierten gemeinsame Forderungen. Viele unter ihnen verlangten genauso wie die DemonstrantInnen den Rücktritt des Innenministers. »Versuchen Sie nicht, das Verhalten unserer Kinder durch die Kultur oder Religion zu erklären!«², schrieben die Unterzeichnerinnen des *Appel des mères à la responsabilité* und kritisierten die politischen Praktiken, die unüberwindbare Grenzen aufbauen, um die Bevölkerung zu spalten (veröffentlicht in der Tageszeitung *Le Monde* vom 10. 11. 05). Gleichzeitig war es respektlos, betonte Mimouna Hadjam³ – Mitgründerin der Organisation Africa 93 in La Courneuve – in der Nacht des Ramadan (27. 10.) die Moschee von Clichy-Sous-Bois mit Tränengasgranaten zu beschießen und Panik auszulösen. Hadjam machte darauf aufmerksam, dass Chirac einmal nach den Anschlägen auf eine Synagoge sagte, wer die Synagoge angreife, greife auch die Republik an.⁴ Dies war bei der Moschee von Clichy nicht der Fall: nach dem Vorfall gab es von Seiten der Regierung keine Geste der Entschuldigung. Das ist es auch, was den beiden Schändungen ein völlig unterschiedliches Gesicht gibt. Die größten Proteste wurden schließlich gegen den von der Regierung verhängten Ausnahmezustand und die Ausgangssperre vorgebracht, die durch das Notstandsgesetz von

1955 legitimiert wurden – ein Gesetz, das dunkle Erinnerungen weckt, da es dazu verwendet wurde, den Widerstand gegen Kolonialismus und Neokolonialismus zu zerschlagen.⁵ Es sei ein Skandal, erklärte Hadjam, dass die Regierung heute auf Kolonialmethoden zurückgreife, um mit sozialen Problemen umzugehen, und damit all denjenigen einen Rückhalt gäbe, die soziale Beziehungen in den betroffenen Vierteln ethnisieren wollen. Demokratische Freiheitsrechte müssten respektiert werden. Sie verlangte wie die UnterzeichnerInnen anderer Appelle, die Ausweisung von jenen Jugendlichen aus Frankreich zu stoppen, die an den Aufständen beteiligt und nicht in Besitz eines französischen PASSES sind.

Hörbar war nicht nur die Kritik an der politischen Praxis der Regierung, sondern auch eine Vielfalt an alternativen Ansätzen, die nach Auswegen aus der Krise suchten und die spezifischen Strukturen der betroffenen Viertel widerspiegelten. AktivistInnen entwarfen Projekte, die Diskussionen, Analysen und die Formulierung von Ansätzen und Forderungen unter den BewohnerInnen der betroffenen Viertel in Gang setzen sollten.⁶ Ein Ziel ist, »Rendezvous« zu verabreden, im Rahmen derer die BewohnerInnen der Viertel zunächst ihre Perspektiven und Forderungen formulieren und sich schließlich auch mit VertreterInnen von Institutionen, mit PolitikerInnen und mit AktivistInnen zusammensetzen, um gemeinsam Projekte auszuarbeiten. Ban-lieux – verbannte Orte, die auch von der Politischen Linken oder der Altermondialiste-Bewegung gemieden wurden, über die zahlreiche WissenschaftlerInnen ihre Theorien schrieben oder für die Intellektuelle sprachen – könnten dann zu Räumen werden, in denen neue Formen der Teilhabe ausgehandelt werden⁷. Auf diese doppelte Bedeutung deutet »Ban-lieux« hin.

Dieser Text bringt meine Beobachtungen der Debatten um die Aufstände der Jugendlichen und die Maßnahmen der Regierung, die Positionierungen von PolitikerInnen, Intellektuellen und AktivistInnen zum Ausdruck. Fragen nach Ungleichheiten und verschiedene Formen der Diskriminierung sind bald ins Zentrum der Diskussion gerückt, und ihnen wurde auf sehr unterschiedliche Weise begegnet.

Von geerbten Ungleichheiten

Schicke Vierteln und schockierende Vorstädte

Wenngleich Sarkozy mit seiner »Law and Order« Politik und seinen Beschimpfungen der Jugendlichen als »Gesindel« eine Atmosphäre geschaffen hat, die den rassistischen und klassenspezifischen Grenzziehungen zuträglich ist, so ist ihm jedoch nicht die alleinige Verantwortung für die Integrationspolitik der letzten zwanzig Jahre zuzuweisen, während derer sich Diskriminierungen und Spaltungen im privaten und öffentlichen Leben zusammengebraut haben.

Nach den Aufständen von 1982 hatten die jungen AkteurInnen des Marche pour l'Égalité – unter ihnen Hadjam und viele der demonstrierenden Eltern – auf die Diskriminierungen am Arbeitsplatz und im Wohnbereich aufmerksam gemacht, diese kritisiert und als inakzeptabel erklärt. Sie hatten sich dagegen gewehrt, an einen Ort der »Anderen« verwiesen zu werden, der sie als homogenes Kollektiv stigmatisiert. Sie wiesen darauf hin, Teil der französischen Gesellschaft zu sein und wollten als solcher behandelt werden. Sie hatten das Wahlrecht eingefordert.⁸ Ihre Forderungen und Argumentationen wurden in den Entscheidungsebenen von Politik und Gesell-

schaft wenig berücksichtigt. Die breite Öffentlichkeit hatte die Gründe für die damaligen Unruhen nicht als soziale, sondern als kulturelle definiert, erklärte die Soziologin Dounia Bouzar, die Mitglied des «Conseil supérieur des Musulmans de France» war. Dass Jugendliche sich auflehnen und zur Gewalt greifen, wurde demnach nicht den sozioökonomischen Diskriminierungen zugeschrieben, die sie erleben, sondern damit erklärt, dass sie und ihre Eltern eine andere Kultur hätten. Kulturelle Traditionen wurden den »Anderen« zugeschrieben und in Besitz genommen. So wurde der Marche pour l'Égalité in Marche des Beurs umgetauft und die Seite wurde umgeblättert, als wäre alles wieder in Ordnung. Bis heute hat sich an dieser Konstellation und diesen Positionierungen nicht viel geändert, im Gegenteil sie sind noch deutlicher und gewaltvoller geworden (Bouzar 2005).

Seit zwanzig Jahren machen PolitikerInnen besonders während ihrer Wahlkampagnen nach wie vor die gleichen großartigen Versprechungen. Mit der Bekämpfung von Diskriminierung werde das Projekt der Integration auch den Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu Gute kommen. Was aber bedeutet das Bekenntnis, Diskriminierung bekämpfen zu wollen, in Anbetracht dessen, dass Menschen, die schon seit Jahrzehnten in Frankreich leben und nicht im Besitz der französischen Staatsbürgerschaft sind, bis heute kein Wahlrecht haben?⁹ Wie wird die Regierung der Tatsache entgegenwirken, dass Schulen, Institutionen, Gewerkschaften und Unternehmen nicht ihre Rolle der Integration spielen und zu Stätten der Reproduktion von Ungleichheiten und Diskriminierungen geworden sind? Inzwischen hat urbane Raumplanungspolitik räumliche Segregation geschaffen: schicke Viertel und schockierende Vororte. Disqualifiziert sich die territorialisierte Sozialpolitik nicht selbst durch ihre budgetäre Würze? Statt gefördert zu werden, haben im Rahmen der Bildungspolitik viele Schulen in den »sensiblen Zonen« bei der Verteilung der Gelder schlechter abgeschnitten als Schulen des Stadtzentrums.¹⁰

Weit davon entfernt, die Ungleichheiten in der Öffentlichkeit abzuschaffen, werden im Rahmen des französischen Integrationsmodells auch die Jugendlichen als Erben der Migration in einer stigmatisierten Identität eingeschlossen. Der positive Aspekt des französischen Modells ist, dass jede/r als Individuum mit den gleichen Rechten ungeachtet seiner/ihrer Herkunft, Religion oder Geschlecht anerkannt wird. Die negative Auswirkung jedoch ist, dass Formen institutioneller Diskriminierung und verschiedene Praktiken der Kulturalisierung, Rassisierung und anderer essentialistischer Grenzkonstruktionen in öffentlichen Räumen existieren. Diese werden aber institutionell nicht behandelt, da das Modell in seinem abstrakten Charakter Differenzen gegenüber blind ist. Der französische Staat nimmt »Bindestrich-FranzöSInnen« offiziell nicht zur Kenntnis und auch nicht ihre Interessen und Forderungen, die sie aufgrund ihrer Diskriminierungserfahrungen artikulieren. Daher bleiben viele Jugendliche der stigmatisierten Vorstädte von sozialer Mobilität weitgehend ausgeschlossen.

»Die Jugendlichen haben eine Geschichte, die nie im öffentlichen Raum anerkannt wurde« (Gharbi)¹¹

Die französische Regierung setzt indessen auf wirtschaftspolitische Strategien der kapitalistischen Ökonomie im europäischen Wettlauf um Sozialbudgetkürzungen und Beschneidung der Rechte von ArbeiterInnen und Angestellten.¹² Arbeitskräfte, die Verhandlungsmacht in der Verteidigung ihrer Rechte und Interessen beweisen, stören

die florierende Ökonomie, und zuträglich ist ihr, wenn marginalisierte Vorstädte sich darauf beschränken, ein Arbeitskräftereservoir für unsichere und schlechtbezahlte Jobs zu liefern. Dadurch wird Druck auf die Gehälter der unteren Einkommensstufen erzeugt. »All diese Unternehmen haben sich hier in der Freihandelszone niedergelassen. Sie zahlen keine Steuern, da das Viertel einen schlechten Ruf hat. Sie machen viel Geld auf unserem Rücken, geben uns aber keine Arbeit!«¹³ sagte ein Jugendlicher, der am 5. November von dem Sender Arte vor den Ruinen eines noch rauchenden Auslieferungslagers interviewt wurde. Die Regierung hat indessen die Etablierung weiterer Freihandelszonen in den »sensiblen Vorstädten« als Maßnahme gegen Jugendarbeitslosigkeit nach den Aufständen angekündigt.

Definitionsmacht, soziale Beziehungen und Zugehörigkeiten werden immer auch über ökonomische Machtverhältnisse verhandelt. Was bedeutet es für Menschen und besonders für Jugendliche, stets mit dem Gefühl zu leben, dass der soziale Aufzug für sie nicht funktioniert? Was bedeutet es für sie, von Chancengleichheit zu hören, aber selbst Erfahrungen von Diskriminierung, aggressiven Polizeikontrollen und prekären Lebensverhältnissen zu machen; keine Möglichkeiten zu haben, einen eigenen Haushalt zu gründen und Zukunftspläne zu schmieden; damit konfrontiert zu sein, dass symbolische und physische Gewalt gemeinsam, in einander verwoben, gegen sie auftreten; und Versprechungen der Republik offensichtlich nur einem Teil der Gesellschaft zu gute kommen?

»Diese Gewalt dient heute berechtigterweise als Muster für jene, die nicht die Gewalt des Systems sehen wollen, welches sie hervorgebracht hat«¹⁴, erklärten AktivistInnen von Lyon (DiverCité u. a. 2005, 109). Auch der Soziologe Michel Wieviorka und sein Team machten schon 1999 deutlich, dass Jugendliche, die an Aufständen beteiligt waren, die symbolische Gewalt betonten, die sie täglich erfahren: Verachtung und rassistische Formen der Diskriminierung, die ihnen Politik, Institutionen und Gesellschaft entgegenbringen, erzeugen in ihnen ein Gefühl der Nichtanerkennung (1999, 17). Dieses Gefühl der Nichtanerkennung ihrer Geschichten, ihres Beitrags zur französischen Wirtschaft und Gesellschaft, schreibt sich schon seit Generationen fort: Hatten die ArbeitsmigrantInnen der vorhergehenden Generationen die Anerkennung für ihre Bestrebungen und Verdienste bekommen, wurden sie als gleichwertiger Teil der Gesellschaft behandelt? »Hommage an Hunderttausende MigrantInnen, die gekommen sind und ein Frankreich wieder/aufgebaut haben, das ihre Kinder und Enkelkinder von jeher gesellschaftlich ächtet.«¹⁵ war im November auf den Mauern von Paris zu lesen (Le Monde 10. 12. 05).

Die großen Proteste gegen eine Antwort aus Kolonialzeiten – die kollektive Bestrafung aller BewohnerInnen der betroffenen Viertel durch die Ausgangssperre – und gegen das Gesetz, das eine revisionistische Geschichtslehre in Schulen favorisiert, deuteten darauf hin, dass Frankreich seine Kolonialgeschichte, besonders die des Algerienkriegs, noch nicht ganz aufgearbeitet hatte.¹⁶ Formen der physischen und psychischen Gewalt, die AlgerierInnen erfahren hatten, wurden von französischer Politik und Gesellschaft nicht vollständig anerkannt. Stattdessen scheinen PolitikerInnen und Öffentlichkeit heute die Jugendlichen einerseits zu Sündenböcken für ihr verdrängtes schlechtes Gewissen der Kolonialzeit zu machen, andererseits für die Schwierigkeiten der französischen Ökonomie, im globalen Konkurrenzkampf zu bestehen.

Zur Verfestigung von Ungleichheiten. Spielt die Sarkolonisierung der UMP eine positive Rolle für Frankreich?¹⁷

Den Präsidentschaftswahlkampf 2002 hatte die Rechte mit einer Wahlkampagne gewonnen, in deren Vordergrund die Verschärfung der Sicherheitspolitik stand. Die Linke sollte auf diesem thematischen Terrain diskreditiert werden. Doch die Mehrheit der Linken hatte diesen Diskurs selbst aufgenommen. Der Auftrag von Chirac an Sarkozy war, eine Position nahe der extremen Rechten zu verkörpern. Doch Sarkozy hatte sich selbständig gemacht und sich so weit wie möglich die Entscheidungsgewalt über Fragen der Sicherheit und die Neustrukturierung der Polizei angeeignet (vgl. Macé 2005). Währenddessen predigte Chirac Gleichbehandlung, appellierte an die französische Gesellschaft, sie solle doch offen den Menschen mit migrantischem Hintergrund gegenüber stehen und sie nicht diskriminieren, und gleichzeitig ließ er seine Regierung neue Geschütze zur Migrationsregulierung auffahren. Die Regulierungen zur Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft, der Familienzusammenführung, und Selektionskriterien für ausländische Studierende werden verschärft.¹⁸ Als jüngsten Höhepunkt kündigte Sarkozy an, dass die 10 Jahre gültige Aufenthaltsbewilligung (»carte de résidence«), die eine Errungenschaft des Marche pour l'Egalité war, gestrichen werde. Das wird mit großer Wahrscheinlichkeit einen weit höheren Prozentsatz an »illegalen MigrantInnen« als bisher erzeugen. Wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung der »illegalen Migration« hat der Innenminister im nächsten Atemzug angekündigt. Le Pen schien zufrieden zu sein, denn 16 von den 30 Punkten seines Programms »Police et Justice« werden bereits umgesetzt oder sind vier Jahre nach seinem Präsidentschaftswahlkampf im Begriffe dazu.¹⁹ Mitte November ergriff er in diesem Sinne wieder mit einem vereinfachten Diskurs die Initiative: »Ich hab es euch ja gesagt!« Die Jugendlichen wurden zu den Beweisen für seine Vorhersagen. Seine Rivalen der UMP (Union pour un Mouvement Populaire) borgten sich nicht nur seine Analysen, sondern auch seine Lösungen aus (Le Nouvel Observateur 17. 11. 05.).

The French Democracy

Sarkozy hatte die Möglichkeiten vernichtet, auf bisherigen Strukturen der Mediation aufzubauen, neue zu etablieren und umzusetzen. Es wurden Teile der lokalen Polizei durch »Brigaden zur Verbrechensbekämpfung« (BAC) ersetzt, die von PolizistInnen selbst kritisiert wurden. Durch diese »Militarisierung« wären die Aufgaben der bürgernahen Polizei verdrängt worden. Die Aufrüstung dieser Einheiten und deren verschärfte Identitätskontrollen bestimmter Gruppen, sowie deren Hauptaktivitäten, Anzeigen wegen »Widerstand gegen die Staatsgewalt und Ehrenbeleidigung« auszuteilen, sind weitgehend auch für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Institutionen und Jugendlichen verantwortlich. Das nährt jene Spannung, die schließlich »urbane Gewalt« genannt wird (vgl. Bonelli 2005, 23).

Während der Unruhen setzte der Innenminister indessen weiterhin auf Provokation, Repression und einen autoritären, ausschließenden Diskurs. Als nächste Maßnahme kündigte er die Anwendung der Doppelstrafe an, die zusätzliche Ausweisung von ausländischen Jugendlichen, die aufgrund ihres Aufenthaltstitels von den anderen isoliert werden können. Der Hilferuf der Jugendlichen wurde von der Regierung durch Sicherheitsdemagogie beantwortet, die darin besteht, soziale Probleme durch

Repression und Autorität zu regeln. Nichts ist trügerischer. Das verstärkt die Gefühle und Erfahrungen der Jugendlichen, der rassistischen Gewalt der Polizei ausgesetzt zu sein, Erfahrungen, die im Kurzfilm »The French Democracy« zum Ausdruck kommen. Koulamata, ein Bewohner von La Courneuve produzierte diesen Film in der dritten Novemberwoche 2005²⁰. Die Reaktivierung des Notstandsgesetzes autorisiert schließlich nicht nur die Ausgangssperre, die über die »brennenden und von Brand gefährdeten Vorstädte« verhängt wurde, sondern auch die Errichtung von sogenannten Sicherheitszonen, Hausdurchsuchungen bei Tag und Nacht, Hausarrest, übereilte Strafverfolgung und Sanktionen. Obwohl die Regierung sich verpflichtete, differenziert und gemäßigt vorzugehen, fassten manche Polizisten, v. a. der BAC den Ausnahmezustand jedoch als Freibrief auf, um Härte walten zu lassen. Gerade an dem Tag, am 18. 11. 05, als der Sender France 2 verkündete, es sei wieder »Normalität« eingeleitet, wurde der Ausnahmezustand bis Februar 2006 verlängert. Die JuristInnen Nuri Albala und Evelyne Sire-Marin analysieren die Verhängung des Ausnahmezustandes als eine Folgemaßnahme einer Serie von Angriffen auf Freiheitsrechte. Diese Sicherheitspolitik wird von einem Diskurs begleitet, der Angst verbreitet und von der französischen Regierung dazu eingesetzt wird, WählerInnenstimmen zu gewinnen und gleichzeitig die neuen Sicherheitsmaßnahmen zu rechtfertigen (Albala/ Sire-Marin 2005, 36). Bestimmte Gruppen, wie Jugendliche mit migrantischem Hintergrund, und »no go« Gebiete wie »wilde Vorstädte« erscheinen dabei als potenzielle Gefahr. Während vorgegeben wird, durch diese Maßnahmen den zivilen Frieden zu sichern, wird nach und nach das soziale Gefüge angegriffen, werden solidarische Beziehungen der Nachbarschaft, der Klasse oder auf Interessen basierende zerstört.

Zur kulturellen Maske der Ungleichheiten: Versuchen Sie nicht, das Verhalten unserer Kinder durch die Kultur oder die Religion zu erklären!

Intellektuelle und AktivistInnen, die gegen sozioökonomische Ungleichheiten auftreten, diese kritisieren und Strategien zu ihrer Bekämpfung entwerfen, weisen immer wieder darauf hin, dass die Etablierung dieser Ungleichheiten auch in ihrer Beziehung mit der Konstruktion essentialistischer Fremdbilder von den Vorstädten gesehen werden muss. Dieses Etikettieren trägt dazu bei, dass die sozioökonomischen Strukturen, die sich für einen Teil der Bevölkerung in der Degradierung ihrer Viertel und in Diskriminierung zeigen, für den nicht betroffenen Teil der Mehrheitsgesellschaft weitgehend verschleiert bleiben. Die Krise hat diese Fremdbilder deutlich zum Vorschein gebracht.

»Wir wollen nicht, dass man sich an uns als Muslime wendet« (Nadhéra)²¹

Politiker, Polizei, Gewerkschaften und Intellektuelle wie Alain Finkielkraut (2005) verdächtigten zunächst islamistische Drahtzieher hinter den Aufständen. Die Jugendlichen hatten jedoch weder Kirchen angezündet, noch ihre Religionszugehörigkeit artikuliert. Der Innenminister und einige Kommunalpolitiker unterhalten hingegen gute Beziehungen zu Führungspersonlichkeiten (radikaler) islamischer Organisationen, die als Gegenleistung für die Wahrung ihrer Interessen in ihren Vierteln für Ruhe und Ordnung sorgen sollten. Dazu aufgefordert waren sie dieses Mal sogar am 100. Jahrestag des Laizismus, des Gesetzes, das die Trennung von Staat und Religion legitimiert.²² In Anschluss an die Argumentation, die auf der Islamisierung der Auf-

stände beruhte, verkündete die Union des organisations islamiques de France (UOIF) schließlich eine seltsam anmutende Anti-Gewalt-Fatwa, um zu zeigen, dass sie nicht Komplizen der Jugendlichen sind. Während bisher immer mehr in öffentliche Diskussionen gerückt ist, dass der Laizismus in Gefahr sei, soll nun plötzlich der Islam Lösungen beinhalten, um alle sozialen Probleme zu regeln? Vielleicht gibt es ja zwei verschiedene Maßstäbe, mit denen der Platz der Religion im öffentlichen Raum gemessen wird. Dass religiöse Führungspersönlichkeiten einen Platz im sozialen Dialog haben, ist eine Sache. Aber aus welchem Grund sollten sie die einzigen GesprächspartnerInnen der Jugendlichen sein? Würde das nicht bedeuten, eine Vision der Welt zu geben, in der die Religion ein soziales System für sich ist, also in Konkurrenz mit der aktuellen Gesellschaft steht? Das Bild einer Parallelgesellschaft geistert herum, das nicht zuletzt auch von einigen KommentatorInnen heraufbeschworen wurde (z. B. Finkielkraut 2005). Viele BewohnerInnen der betroffenen Vorstädte hatten deshalb auch verlangt, der Instrumentalisierung religiöser Führungspersönlichkeiten ein Ende zu setzen.²³

Hadjam und Bouzar machten deutlich, dass Kulturalisierung und Islamisierungen nicht nur den Blick auf sozioökonomische Asymmetrien verstellen, sondern auch zur Verstärkung von Grenzziehungen der extremen Rechten und der IslamistInnen beitragen (Hadjam 2005; Bouzar 2005). Denn inzwischen sind sich beide Seiten auch in der Sprache immer ähnlicher geworden. Beide greifen gerne auf die Erklärungsrhetorik von Gut und Böse zurück. Und je mehr sie auf ihre Differenzen aufmerksam machen, desto weniger gibt es, was sie voneinander unterscheidet. Hadjam betonte, dass die einen so wenig akzeptabel sind wie die anderen. Sie hatte auch in der Cité La Courneuve beobachtet, dass seit der Erstarkung und Unterstützung extremer religiöser Gruppen und Personen, Frauen untereinander in höherem Ausmaß gespalten seien, und dass religiöse Differenzierungsformen auch mit der verstärkten Spaltung zwischen Generationen und Geschlechtern verbunden seien. Entschieden lehnte Hadjam die Argumentation ab, die verschiedensten Phänomene zu kulturalisieren: kulturell sei plötzlich, dass in ihrem Viertel weit mehr Mädchen als bisher nicht mehr in die Freizeitzentren kommen und keine höhere Schulbildung mehr verfolgen, dass die Degradierung ganzer Vorstädte voranschreite und die Arbeitslosenzahlen wachsen. Diese Tendenzen müssten politisch konfrontiert werden. Eine Voraussetzung dafür sei, den politischen Strategien und Mechanismen entgegenzutreten, die diese Strukturen in ihrem Viertel geschaffen haben (Hadjam 2005).

Trotz der Grenzen, die von manchen Politikern und ihren religiösen Ergänzungen konstruiert und sorgfältig kontrolliert werden, brachten die Aufstände starke und vielfältige Solidaritäten ans Licht. Viele Eltern, BewohnerInnen und junge Frauen hatten ihre Solidarität bekundet und erklärt, dass dies nicht nur eine Angelegenheit der jungen Männer wäre, auch wenn sie selbst nicht an Gewaltakten beteiligt waren.²⁴

»Wenn ich mir einen Vorwurf zu machen habe, dann ist es der, dass ich den Begriff Gesindel zu wenig verwendet habe« (Sarkozy)²⁵

Schon in den 80er Jahren bewegten sich öffentliche Debatten um die Krise der Vorstädte, um Unsicherheit und Arbeitslosigkeit, um die Politisierung der Frage der Immigration. Diese Themen wurden weitgehend auf Männer bezogen, während Frauen unsichtbar blieben. In den 90er Jahren wurden die Viertel weiterhin von den Medien

stigmatisiert und als männlich wahrgenommen, besonders in Zeiten, als es zu Unruhen kam. Das Bild von den »Kriminellen der Vorstädte« zeichnete sich immer deutlicher ab (Boukhobza 2005). Die BewohnerInnen wurden als »Andere« und in den schlimmsten Fällen als Feinde konstruiert. Die Beharrlichkeit, mit der diese Fiktion gepflegt wurde, ist von einigen KommentatorInnen als einer der Gründe interpretiert worden, dass die Jugendlichen diese Konstruktion in Realität umsetzten und ihre Version dessen vorführten, was es bedeutet, »Feinde« zu sein (vgl. Boubeker 2005).

Das Vorhaben der Regierung, den »Eltern, die ihre Kinder nicht erziehen können«, die Familienbeihilfe zu entziehen, schreibt sich in die darin bestehende Konstruktion ein, gewisse Gesellschaftsgruppen durch ein »asoziales Verhalten« und durch Kriminalität zu markieren. In diesem Zusammenhang sind Studien wieder aus der Motenkiste geholt worden, die das »asoziale Verhalten« der Kinder und Familien von MigrantInnen und der untersten Einkommensklassen beschreiben²⁶. Dieses Argument kann im Weiteren für die Schlussfolgerungen benutzt werden, die Jugendlichen seien aufgrund ihres »asozialen Verhaltens« ökonomisch auch gar nicht integrierbar, und Arbeitslosigkeit, unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse seien selbst verschuldet. Diese Vorgangsweise, Auswirkungen als Gründe zu interpretieren, ist bequem: Es müssen keine Strategien gefunden werden, um den hohen Preis für die Rehabilitierung der Viertel zu bezahlen. Denn dazu würden die lokalen Kapazitäten eines Bürgermeisters, eines Unternehmers, der Arbeitsplätze schaffen soll, oder von Vereinen und Organisationen im Sozialbereich nicht ausreichen. Vielmehr braucht es eine aktive Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung, die strukturelle Ungleichheiten und sozioökonomische Asymmetrien wieder abbaut, die durch zwanzig Jahre Degradierung geschaffen wurden.

In die Reihe der Verantwortlichen für die »Revolten« kamen zu den Kriminellen, Gangstern, verantwortungslosen Eltern und Fundamentalisten noch polygame Familien, Rap-SängerInnen, und schließlich die illegale Migration. Dem zu Folge wären französische Politik und Gesellschaft mit einem »exogenen Problem« oder mit »Parallelgesellschaften« konfrontiert.²⁷ Diese Erklärungsansätze re/produzieren stereotypisierte Bilder von den betroffenen Vorstädten, die die Erfindung neuer sozialer und gesellschaftlicher Beziehungen maskieren und blockieren. Gegen die Bilder erhob sich jedoch auch von offizieller Seite Widerstand: In einem Bericht der DCRG (Direction central des renseignements généraux) wurde Sarkozy mit Widerspruch konfrontiert: Die Aufstände seien weder organisiert noch stünden religiöse oder kriminelle Gruppen dahinter.²⁸

Zur Diskussion: Kampf gegen Diskriminierung und Ungleichheiten?

Auch wenn die Jugendlichen, die an den Aufständen beteiligt waren, im öffentlichen Diskurs kaum zu Wort kamen, so machten die Ereignisse ein Phänomen sichtbar: die Gewalt in Form verschiedener Diskriminierungen, die BewohnerInnen stigmatisierter Vierteln und Vorstädte schon seit langem erfahren.

Die »aufständischen« Jugendlichen, zum überwiegenden Teil französische StaatsbürgerInnen, artikulierten weder ihre Religionszugehörigkeit, noch andere »fremdartige« Ansprüche. BewohnerInnen der betroffenen Viertel, die Angehörige des Islam sind, wiesen auf unterschiedliche Praktiken hinsichtlich ihrer Religion hin oder auch darauf, dass sie von Politik und Gesellschaft als BürgerInnen/BewohnerInnen

Frankreichs angesprochen werden wollten und nicht als gesonderte »muslimische Parallelgesellschaft«. Die Vielzahl der Appelle und Analysen von AktivistInnen und BewohnerInnen der betroffenen Vorstädte vermitteln den Eindruck, dass ihre Kritik an sozioökonomischen Asymmetrien nicht auch gleich bedeutet, ihre Lebensbedingungen mit dem Etikett der Misere, der kulturellen, politischen und sozialen Wüste markieren zu dürfen. Sie fordern, als AkteurInnen und nicht als Opfer wahrgenommen zu werden. Das setzt schließlich voraus, die Viertel nicht als abgeschlossene Orte wahrzunehmen, markiert durch »ethnische Spaltungen« oder »kulturbedingte Gewalttätigkeit«, sondern als Räume, in denen sich vielfältige Zugehörigkeiten neu erfinden und in denen auf Grundlage gemeinsamer Erfahrungen Projekte und Forderungen formuliert werden.

Doch nach und nach hatten die von Regierungspolitik und Medien verbreiteten Geschichten über die Kriminalität der Vorstädte, die Phantasie der Öffentlichkeit kolonialisiert. Heute sind Ausdrücke wie »Gesindel«, »Barbaren« oder »Gangster« zu Elementen des Sicherheitsdiskurses geworden, der ein Bild der Vorstädte als Bedrohung produziert und dazu beiträgt, dass Fragen der Ungleichheit und der Diskriminierung entpolitisiert werden. Diese Praxis besteht darin, Gesellschaftsgruppen zu begrenzen, zu reduzieren und zu definieren: wer sie waren, ihr Verständnis dafür, wer sie sind, und ihre Träume davon, wer sie sein wollen. Die Kulturalisierung von Gewalt und das Hochstilisieren von Parallelgesellschaften wirken jedoch Kriminalität und extremistischen (religiösen) Tendenzen nicht entgegen. Im Gegenteil, sie unterstützen und verstärken diese. Dem gegenüber steht die Auseinandersetzung der Politik mit Lösungsansätzen, die auf einem politischen Einschluss der Perspektiven und Forderungen der bisher marginalisierten Bevölkerungsgruppen basiert. Dabei wäre die Herangehensweise der Anthropologinnen Horia Kebaza und Noria Boukhobza von Bedeutung, die die unterschiedlichen Strukturen und Bedingungen der Viertel ins Auge fassen. Die Dekonstruktion von kulturalisierenden und stigmatisierenden Identitätszuweisungen ermöglicht ihnen, das Gewebe der verschiedenen Diskriminierungsachsen zu erfassen, mit dem die Jugendlichen konfrontiert sind. Statt im Vorhinein von homogenen Kategorien wie etwa »der gewalttätigen Männer« auszugehen, fragen sie sich, wie Kategorien von den verschiedenen Machtbeziehungen durchquert werden. Sie untersuchen die vielfältigen Verhandlungen von Geschlechter-, Generationen- und Herkunftsreferenzen. Diese Forschungsansätze bringen nicht nur die Bedingungen und Auslösungsmechanismen von Gewalt und Konflikten unter den Jugendlichen ans Licht, sondern auch deren Perspektiven, die auf der Praktizierung neuer sozialer Beziehungen basieren (Kebaza 2005, Boukhobza 2005).

Während die Aufstände der Jugendlichen ökonomische Asymmetrien und damit verbundene Formen politischer und sozialer Diskriminierungen in der öffentlichen Diskussion zur Sprache gebracht haben, bleibt jedoch die Frage offen, in wie weit und in welchem Deutungsrahmen diese auch von Politikern und Gesellschaft anerkannt werden, und ob politische Direktiven und Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Ungleichheiten tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden. Bisher erscheinen mir die Versprechungen der Regierung, finanzielle Ressourcen für Schulen, Vereine und Organisationen der betroffenen Viertel bereitzustellen, im Schatten von Migrations-, Sicherheits- oder Arbeitsmarktpolitik mehr als »Abfederungstaktik«. Es wird erforderlich sein, sich der überfälligen Diskussion zu stellen, ob Strategien weiterverfolgt

werden sollen, die den exklusiven Ansprüchen der Ökonomie zugute kommen, und die der Verschleierung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ausschlüsse von Teilen der Gesellschaft dienen.

Literaturverzeichnis

- Abdallah, Mogniss H. (2002) Kämpfe der Immigration in Frankreich. Übergänge in die Politik und soziale Transformationen, in: Bratic, Ljubomir (Hg.) Landschaften der Tat. Vermessungen, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa, St. Pölten, S. 67-91.
- Africa 93 (u. a.) (2005) Non aux violences: L'appel des femmes! In: www://bellaciao.org/fr, Zugriff 4. 12. 05.
- Albala, Nuri/Evelyne Sire-Marin (2005) Dépeçage des libertés publiques, in: *Le Monde Diplomatique*, 12/ 2005, S. 36.
- Benguigui, Yamina (u. a.) (2005) Appel des mères à la responsabilité, in: *Le Monde*, 10. 11. 05.
- Bonelli, Laurent (2005) Les raisons d'une colère, in: *Le Monde diplomatique*, 12/ 2005, S. 23
- Bouamama, Saïd (1994) Vingt ans de marche des beurs, Paris.
- Boubeker, Ahmed (2005) Entretien. Notre modèle universel d'intégration a toujours eu son exception coloniale, in: Dossier Soulèvement des banlieues populaires. S. 216-217.
- Boukhobza, Noria (2005) Les filles naissent après les garçons: représentations sociales des populations d'origine maghrébine en France, in: *REMI*, Jg. 21, Nr. 1, S. 227-242.
- Bouzar, Dounia (2005) Ne pas islamiser les émeutes. Interview mit Dounia Bouzar, in: *Le Nouvel Observateur* (Dossier), 10. 11. 05.
- Chaambi, Abdelaziz (2005) Halte à la surenchère sur le dos de la banlieue, in: Dossier Soulèvement des banlieues populaires. S. 224-225.
- Collectif de Lille (2005) La colère du ras-le-bol, in: Dossier Soulèvement des banlieues populaires, S. 123-124.
- Delemotte, Bernard (2004) Citoyens d'Europe, Des étrangers qui votent, Paris.
- Delemotte, Bernard (2005) Le débat sur le droit de vote des résidents étrangers relancé, in: *Ras l'front*, Nr. 109, Dez. 2005/ Jan. 2006, S. 17.
- DiverCité/ Ici et La bas/ MIB (2005) La Meute, l'émeute et l'impasse, in: Dossier Soulèvement des banlieues populaires, S. 109-111.
- Dossier Soulèvement des banlieues populaires, http://www.reseau-ipam.org/article.php3?id_article=1147, Zugriff 13. 12. 05.
- Finkielkraut, Alain (2005) Ils ne sont pas malheureux, ils sont musulmans, in: Dossier Soulèvement des banlieues populaires, S. 321-325.
- Hadjam, Mimouna (2005) Montée de l'intégrisme musulman, unveröffentlichter Beitrag bei der Konferenz »Intégrismes, communautarismes et racisme«, MRAP Marseille am 12. 11. 05.
- Imbert, Claude (2005) Le bûcher d'une politique, in: Dossier Soulèvement des banlieues populaires, S. 333-334.
- Kebaza, Horia (2005) Au croisement de la »Race« et du genre: les »jeunes des quartiers«, in: *Migrations Société*, Nr. 17, S. 99-100.
- Macé, Eric (2005) Banlieues: des territoires abandonnés? in: *Le Monde*, 7. 11. 05.
- Redeker, Robert (2005) Le nihilisme culturel imprègne les émeutes banlieusardes, in: Dossier Soulèvement des banlieues populaires, S. 318-319.
- Sayad, Abdelmalek (1999) La double absence. Des illusions de l'émigré aux souffrances de l'immigré. Paris.
- Wieviorka, Michel (1999) Violence en France, Paris.

Anmerkungen

- 1 Das Dossier »Le soulèvement des banlieues populaires« umfasst den Großteil der Appelle, Analysen und Stellungnahmen.
- 2 »N'essayez pas d'expliquer le comportement de nos enfants par la culture ou la religion!« (Alle Übersetzungen in die deutsche Sprache von B. P.)

- 3 Hadjam hielt einen Vortrag bei der Konferenz »Intégrismes, communautarismes et racisme«, organisiert von MRAP Marseille am 12. 11. 05. Sie änderte ihren Vortrag insofern ab, als sie hauptsächlich davon berichtete, wie sie die Aufstände in ihrem Viertel erlebte. Africa 93 unterzeichnete auch den Appell »non aux Violence...«.
- 4 Ein weiteres aktuelles Beispiel: In Carpentras wurde am 11. 11. 05 die Moschee mit zwei Molotov Coctails beschossen, worauf Politiker ebenso unangemessen reagierten wie auf das Ereignis in Clichy-Sous-Bois. Als 1990 jedoch der jüdische Friedhof in Carpentras geschändet worden war, wurde dies von administrativer (und ziviler) Seite stark kritisiert.
- 5 Im Jahr 1961 ermöglichte dieses Gesetz einen Polizeieinsatz, bei dem Dutzende Algerier in Paris ermordet wurden.
- 6 Vgl. Chaambi (2005) und das Communiqué »Pour un forum social des banlieues« im Dossier Soulèvement.
- 7 Das Projekt »Ban-lieux de contre-pouvoirs« hatte indes zum Ziel, freie Universitäten, neue Orte der Gegen-Macht aufzubauen.
- 8 Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig. Mehr über die Bedingungen und Forderungen des *Marche pour l'égalité* im Jahre 1983 z. B. in: Bouamama (1994), darüber hinaus zum Kontext der letzten zwanzig Jahre: Sayad (1999)
- 9 Seit dem Maastrichtabkommen haben AusländerInnen, die im Besitz der Staatsbürgerschaft eines EU-Landes sind, das Recht, an europäischen und Kommunalwahlen in dem Land teilzunehmen, in dem sie wohnen. In Frankreich haben AusländerInnen aus Drittstaaten nicht das Recht, an diesen Wahlen teilzunehmen, obwohl nach Umfragen die öffentliche Meinung in Frankreich diesem Wahlrecht immer positiver gegenübersteht. Vgl. dazu Delemotte (2004, 2005) und Abdallah (2002).
- 10 Die ZEPs (Zones d'éducation prioritaires), Gebiete mit besonderem schulischem Förderungsbedarf, wären eigentlich ein Beispiel dafür, dass die Institutionen sich mit Ungleichheiten auseinandersetzen. Eric Macé (2005) zeigt aber, dass die ZEPs in Seine-Saint-Denis weniger an finanziellen und personellen Ressourcen als die Schulen im Zentrum erhalten. Die Regierung hat vor kurzem 5000 pädagogische Assistenten für die ZEPs versprochen, ohne zu erwähnen, dass zwei Jahre zuvor 10000 solcher Posten gestrichen zu haben (Le Canard enchaîné vom 7. 12. 05).
- 11 »Les jeunes possèdent une histoire qui n'a jamais été reconnue dans l'espace public«: Abdelaziz Gharbi in www.cequifautdetruire.org/article.php?id_article=776.
- 12 Das jüngste Beispiel ist der CPE (Contrat Première Embauche), ein Vertrag für Jugendliche unter 26 (in der zweijährigen Probezeit können diese ohne Gründe entlassen werden), der trotz großer Proteste und Demonstrationen am 9. 2. 06 von der Regierung durchgesetzt wurde.
- 13 »Toutes ces entreprises se sont installées ici en zone franche. Elles ne paient pas d'impôts parce que le quartier a mauvaise réputation. Ils se font des thunes sur notre dos mais refusent de nous donner un boulot!«
- 14 »Cette violence-là sert habilement aujourd'hui de paragon à ceux qui ne veulent pas voir la violence du système qui l'a engendré.«
- 15 »Hommage aux centaines de milliers d'immigrants venus construire et reconstruire une France qui maintient depuis toujours leurs enfants et petits-enfants au ban de sa société.«
- 16 Das Gesetz vom 23. 2. 05 (Artikel 4, der besagt »Les programmes scolaires reconnaissent en particulier le rôle positif de la présence française outre-mer«) wurde trotz Proteste etabliert und jetzt wieder zurückgenommen.
- 17 La Sarkolonisation de l'UMP a-t-elle un rôle positif pour la France? fragte sich Le Canard enchaîné auf der 'itelseite seiner Ausgabe vom 14. 12. 05.
- 18 Bereits zwei Jahre nach Sarkozys Gesetz vom 26. 11. 2003, das die Bedingungen bezüglich Eintritt und Aufenthalt für AusländerInnen verschärft hat, soll nun ein weiteres Gesetz zur strengeren Migrationskontrolle etabliert werden. In Folge der Beschlüsse des Cici (Conseil interministériel de control de l'immigration) verkündete Villpin, dass ein vierjähriges Zusammenleben (derzeit zwei Jahre) zur Voraussetzung wird, bis der Antrag auf die französische Staatsbürgerschaft bei der Heirat von AusländerInnen mit FranzösisInnen gestellt werden kann. Familienzusammenführung: AusländerInnen müssen sich mindestens bereits zwei Jahre (derzeit ein Jahr) in Frankreich aufhalten, bis sie einen Antrag stellen können,

- um Familienangehörige nachzuholen. Ausländische StudentInnen haben mit verschärften Selektionskriterien zu rechnen. Asyl: Die Fristen für Anträge werden reduziert: Bei abgelehntem Asylantrag bleiben 15 Tage (derzeit ein Monat), um Berufung einzulegen. Vgl. Liberation 29.11.05.
- 19 Genau aufgelistet in: *Le Canard enchainé* (14. 12. 05, 4).
- 20 Film: z. B. <http://movies.lionhead.com/movie/11520>, Interview mit Alex Chan (Koulamata), in: Liberation, 12. 12. 05.
- 21 «On ne veut pas qu'on s'adresse à nous en tant que musulmans» Nadhéra zit. in *Le Nouvel Observateur* 17. 11. 05.
- 22 Bouzar (2005) weist in diesem Zusammenhang auf fundamentalistische Organisationen wie die der 'Tabligh-Bewegung hin, die Sektencharakter haben.
- 23 Non aux violences (2005), DiverCité (2005), Collectif de Lille (2005).
- 24 Vgl. Unterzeichnerinnen der Appelle in Dossier Soulèvement, Stellungnahmen der Frauen in »Pour les autres, on n'existe pas!« in: *Le Nouvel Observateur* 17. 11. 05.
- 25 «Si j'ai un reproche à me faire, c'est d'avoir employé le terme de racaille, bien trop faible», Sarkozy, zit. in Liberation 21. 11. 05.
- 26 Z. B. der Benisti-Bericht oder der Bericht des Institut national de la santé et de la recherche médicale über die «troubles des adolescents». Vgl. Bonelli 2005, 23.
- 27 Vgl. Redeker (2005), der den Jugendlichen der Vorstädte ein essentielles Charakteristikum zuschreibt: den kulturellen Nihilismus, der in der Gewalt zum Ausdruck kommt. Er vertritt so wie Finkielkraut (2005) die Meinung, dass die Aufstände nicht auf die soziale Situation und erfahrene Diskriminierung zurückzuführen sind. Letzterer diagnostiziert den Hass der Muslime, der Nord/afrikanerInnen und der Rap-SängerInnen auf die französische Republik und den Westen. Claude Imbert (2005) hingegen konstruiert das Bild einer (communitaristischen) Parallelgesellschaft, geprägt durch seine Drogenwirtschaft (Parallelwirtschaft).
- 28 Finkielkraut (2005) zur Reaktion Sarkozys in *Le Monde* 4. 12. 05; vgl. www.lexpress.fr, »Les RG contredisent leur ministre«.